HANSESTADT LÜNEBURG
DIE OBERBÜRGERMEISTERIN

Vorlage-Nr.
VO/10955/23

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Kamionka

Datum:
23.10.2023

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Baustellenkoordinator" (Antrag der FDP-Fraktion vom 19.10.2023, eingegangen am 19.10.2023 um 13:06 Uhr)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungs-datum	Gremium
N	07.11.2023	Verwaltungsausschuss
Ö	08.11.2023	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

sh. Antrag "Baustellenkoordinator" (Antrag der FDP-Fraktion vom 19.10.2023, eingegangen am 19.10.2023 um 13:06 Uhr)

Beschlussvorschlag:

sh. Antrag "Baustellenkoordinator" (Antrag der FDP-Fraktion vom 19.10.2023, eingegangen am 19.10.2023 um 13:06 Uhr)

Anlagen:
Antrag "Baustellenkoordinator" (Antrag der FDP-Fraktion vom 19.10.2023, eingegangen am 19.10.2023 um 13:06 Uhr)

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Freie Demokraten

Fraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg FDP

Stadtratsfraktion FDP Lüneburg, Marie-Curie-Straße 12, 21337 Lüneburg

Hansestadt Lüneburg
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

Lüneburg 19.10.2023
Zeichen: CG

Cornelius Grimm
Stellv. Vorsitzender der
FDP-Fraktion im Rat
der Hansestadt Lüneburg

fdp-lueneburg.de
FDP Lüneburg
Marie-Curie-Straße 12
21337 Lüneburg

T: 0151-58568035
Cornelius.grimm@fdp-lueneburg.de

Antrag Baustellenkoordinator

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zur nächsten Ratssitzung am 08.11.2023 stellen wir folgenden Antrag:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg möge beschließen:

Die Verwaltung wird einen Baustellenkoordinator ab 2024 einsetzt der zukünftig die Baustellen im öffentlichen Raum (Straßen und Verkehrswegebau) abstimmt zwischen Bund, Land, Landkreis und städtischer Bauverwaltung. Um die Erreichbarkeit der Stadt zu sichern und um ein Verkehrschaos wie in 2023 zu vermeiden.

Begründung:

Für Lüneburg als Oberzentrum und als einer der Logistikhauptrouten nach Wolfsburg aus dem Hamburger Hafen ist fließender Verkehr überlebenswichtig. Anstatt sicherzustellen, dass der Verkehr rollt, entsteht aktuell der Eindruck das durch mangelnde Koordination der vielen Baustellen untereinander dieser nicht mehr rollt sondern steht. Das ist schlecht für die Menschen, schlecht für die Wirtschaft und schlecht für die Umwelt in unserer Stadt. Mit dem Ausbau der A39 und Umgestaltung der Ostumfahrung drohen weitere Megastaus. Es ist höchste Zeit für ein innerstädtisches und gemeindeübergreifendes Baustellenmanagement aus einer Hand. Die Hansestadt Lüneburg braucht einen Baustellenkoordinator, schon aus eigenem Interesse. Gleichzeitig muss die Verwaltung Ihre Anstrengungen verstärken, mit den Nachbargemeinden und dem Bund einen Konsens finden für mögliche Umleitungen. Wenn es keine Umleitungslösung gibt müssen zukünftig andere Lösungen wie Park & Ride gefunden werden. Es muss verhindert werden das keiner mehr nach Lüneburg kommt und die Innenstadt der Leittragende ist. Diese Umgehungsstrecken sind notwendig, um einen Verkehrskollaps in Lüneburg zu verhindern.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Cornelius Grimm
Für die Fraktion

Dezernat III Lüneburg, den 03.11.2023
Fachbereich 3a - Ordnung und Bürgerservice
Sachbearbeitung: **Susanne Twesten**
☎ 309-**3204**

Folgender Antrag wurde eingereicht:

Antrag der FDP-Fraktion vom 19.10.2023 zur Sitzung des Rates der Hansestadt Lüneburg am 08.11.2023
(VO/10955/23)
„Baustellenkoordinator“

Stellungnahme der Verwaltung zu obigem Antrag:

1. Vorbemerkung

Die innerstädtische Verkehrsbelastung durch Baustellen und damit verbundenen Umleitungsanordnungen hat im laufenden Jahr zum Teil zu erheblichen Beeinträchtigungen im gesamten Stadtgebiet geführt. Eine Optimierung der Planungsprozesse für die Baustellen im öffentlichen Raum zwischen Bund, Land, Landkreis und städtischer Bauverwaltung ist für die Hansestadt dringend anzustreben.

2. Istzustand
Soweit möglich, werden Probleme bei der Koordination durch die beteiligten Akteur:innen identifiziert und in Gesprächen mögliche Konflikte schon im Vorfeld gelöst. Innerhalb der Hansestadt Lüneburg finden dazu regelmäßige Abstimmungstermine zwischen den Bereichen 72 - Straßen- und Brückenbau, Geodaten -, 32 - Ordnung und Verkehr - und 35 – Mobilität - statt, um Termine und Anforderungen für bevorstehende innerstädtische Baumaßnahmen zu erörtern und für alle Menschen, die in Lüneburg leben und arbeiten und Lüneburg besuchen, mit einem minimalen Maß an Einschränkungen umzusetzen.

Mit dem Landkreis Lüneburg werden baustellenbezogene Abstimmungsgespräche regelmäßig durchgeführt.

Darüber hinaus finden jährlich Abstimmungsgespräche mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Lüneburg (NLStbV) statt, um Baumaßnahmen an Landes- und Bundesstraßen abzustimmen, die in der Peripherie Lüneburgs geplant sind und ebenfalls Einfluss auf den innerstädtischen Verkehr haben.

Wechselnde und nicht vorhersehbare Witterungsbedingungen, plötzlich auftretendes Unvorhersehbares beim Bauen, schlechte Personalkapazitäten bei den beauftragten Unternehmen, damit verbundene Nichteinhaltung der geplanten Bauzeiten, unaufschiebbare Baumaßnahmen, die in Konflikt zu Maßnahmen anderer Bauträger stehen und die Menge an Baumaßnahmen insgesamt zwingen die Hansestadt Lüneburg als Auftraggeberin zu höchster Flexibilität. Ohne diese Flexibilität wäre ein Bauen zurzeit kaum mehr möglich, denn viele Unternehmen würden keine Angebote mehr bei der Hansestadt Lüneburg abgeben. So können beispielsweise verbindliche Umsetzungszeiträume (z.B. Ferien) im Rahmen der Ausschreibung nicht realisiert werden.

Festzuhalten ist schließlich, dass Infrastrukturprojekte leider immer mit Einschränkungen für eine Vielzahl an Nutzer:innen dieser Infrastruktur verbunden sind, aber ebenso erhebliche

Beeinträchtigungen für Anwohner:innen und Gewerbebetriebe zur Folge haben können (z.B. Umleitungsverkehre, schlechte verkehrliche Erschließung während der Bauphase).

3. Prognose

Gleichzeitig muss die Infrastruktur für die gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen sowohl in der Hansestadt Lüneburg als auch in der Gesamtregion ertüchtigt bzw. angepasst werden. In diesem Kontext ist in den nächsten Jahren mit einer erhöhten Bautätigkeit zu rechnen. Hier sind exemplarisch die Erneuerung oder Anpassung von Verkehrs.- und Versorgungsinfrastrukturanlagen, Bautätigkeit im Rahmen der Nachverdichtung im urbanen Raum und die Erschließung neuer Baugebiete („Am Wienebütteler Weg", „Bilmer Berg II") zu nennen. Dabei ist zu betonen, dass viele dieser Maßnahmen im Zusammenhang mit der Mobilitätswende und der Energiewende (u.a. Strom- und Wärmenetze) stehen werden, aber ebenso Beeinträchtigungen der Verkehre in und um Lüneburg mit sich bringen werden bzw. können.

Nicht planbare, sogenannte Ad-Hoc-Baustellen im Falle von Havarien im Bereich von Straßen, Kanälen und Leitungen, verschärfen die dargestellte Situation zusätzlich und beeinflussen u.U. zuvor koordinierte Planungen (Beispiele aus jüngerer Vergangenheit: defekter AGL-Kanal am Reichenbachplatz und in der Dahlenburger Landstraße, defekte Trinkwasserleitung Jüttkenmoor).

Insgesamt betrachtet ist die skizzierte Bautätigkeit ein positives Zeichen dafür, dass die Infrastruktur erhalten, ausgebaut oder zukunftsorientiert angepasst wird. Gleichzeitig ist die Koordination von Baustellen ein hochkomplexes Thema, das ein akteursübergreifendes Management erfordert — man denke nur an die Auswirkungen baustellenbedingter Verkehrsverzögerungen auf Ausweichrouten und Schleichwegen, die ggf. verbunden mit erhöhten Immissionsbelastungen der Anlieger:innen sind, auch über das Stadt- und sogar Landkreisgebiet hinaus. Da diese Problematiken nicht nur von innerstädtischer Bedeutung sind, sondern Auswirkungen auf den Verkehrsraum der Gesamtregion entfalten bzw. Maßnahmen außerhalb des Stadtgebietes oder anderer Vorhabenträger innerhalb des Stadtgebietes ebenso die städtische Verkehrsinfrastruktur beeinflussen, sollten die Anstrengungen ausgeweitet werden, entsprechende Koordinierungsaufgaben zumindest auf Kreisebene zu bündeln. In diesem Zusammenhang existieren bereits innovative Beispiele wie z. B. in Nordrhein-Westfalen. Dort wurde eine Stabsstelle „Baustellenkoordination" in der Landesverkehrszentrale NRW eingerichtet, die die Schnittstelle zwischen den bauausführenden Niederlassungen von „Straßen.NRW", der Autobahn GmbH, Städten, Kreisen und Kommunen, Versorgungs- und Verkehrsbetrieben und der Deutschen Bahn bildet und ein Baustelleninformationssystem eingerichtet hat, das als Koordinationsplattform (TIC-Kommunal) für die Baustellenkoordinierung dient.

4. Lösungsansätze

Nach Informationen der NLStbV ist man sich der bestehenden Konflikte im Rahmen der Baustellenkoordination und der Auswirkungen auch auf den innerstädtischen Bereich sehr bewusst. Mit dem Landkreis Lüneburg haben deshalb erste Gespräche stattgefunden, um die Einrichtung einer gemeinsamen Koordinierungsstelle auf den Weg zu bringen. Perspektivisch geht diese Planung in Richtung einer länderübergreifenden Kooperation für die Metropolregion Hamburg, um die Planung von Baumaßnahmen im Straßenverkehr zu erleichtern und die Straßen zu entlasten. Dazu haben die vier norddeutschen Länder sowie die Autobahn GmbH des Bundes unter Federführung des Landkreises Harburg eine Vereinbarung zur Vernetzung digitaler Verkehrs-Managementsysteme erarbeitet. Vorerst ist geplant, zunächst auf Landesebene ein einheitliches Datenformat und eine gemeinsame Schnittstelle einzuführen, um die Daten direkt und schneller austauschen zu können. Planungsdaten zu Baustellen werden so mit bis zu zwei Jahren Vorlauf transparent. Der frühzeitige und automatisierte Zugriff auf diese Daten soll allen Partner:innen die Koordination und Abstimmung von Baumaßnahmen erleichtern. Die Vernetzung der bestehenden und künftigen Systeme erfolgt

spätestens bis zum Jahr 2025. In einem zweiten Schritt ist geplant, auch die Daten der Kreise, Städte und Gemeinden bis Ende 2027 zu integrieren. Ziel ist es, die Vernetzung auch auf die Kommunen auszurollen, so dass die Daten für Baumaßnahmen auf dieser Ebene ebenfalls automatisch abgreifbar sind.

Vor diesem Hintergrund sollte perspektivisch eine gemeinsame Koordinierungsstelle angestrebt werden. Die Frage nach der Einrichtung einer Stelle „Baukoordination“ beschäftigt auch den Landkreis Lüneburg. Dieser wird zum Jahresbeginn 2024 alle wesentlichen Akteure zum Thema einladen und Möglichkeiten einer regionalen Baustellenkoordination besprechen und Ideen sammeln.

Diese Anstrengungen gilt es stadtseitig zu unterstützen und zu begleiten. Eine Stellenschaffung bei der Hansestadt sollte derzeit, auch im Hinblick auf die schon jetzt bestehende Aufgabenlast der Hansestadt Lüneburg als Oberzentrum und den damit verbundenen Haushaltsbelastungen, zurückgestellt und zu einem späteren Zeitpunkt erneut beraten werden.

Kosten der Erarbeitung der Stellungnahme: 94,-- €
Für die Erarbeitung der Stellungnahme benötigte Zeit: 1 h

Im Original gezeichnet

Twesten